



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zu Drucksache 16/84 (neu)

Resolution zur Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung in Europa

Für ein friedliches und freies Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt den mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages, dem Vertrag über eine Verfassung für Europa zuzustimmen. Die Vereinigung Europas auf der Basis dieser Verfassung schafft ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Freiheit und des Rechtes, das aus einer gemeinsamen Werteordnung und einer Einheit in Vielfalt erwächst.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont, dass der Vertrag Fortschritte zur Weiterentwicklung der europäischen Integration enthält, die die EU demokratischer, handlungsfähiger und transparenter machen. Sie stärkt darüber hinaus das Europäische Parlament und erweitert damit den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger. Die deutschen Länder haben maßgeblich dazu beigetragen, dass diese grundlegende Reform der Europäischen Verträge eingeleitet und vollzogen wurde.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt ausdrücklich auch die Aufnahme der Charta der Grundrechte der Union im Teil II der Verfassung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hebt hervor, dass der Verfassungsvertrag die grundlegende politische und verfassungsrechtliche Struktur der Mitgliedstaaten einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung achtet. Wesentliche Erfolge wurden mit den Festlegungen zur Verbesserung der Kompetenzordnung, dem Frühwarnsystem bei der Subsidiaritätskontrolle und den Klagerechten erzielt. Dies ist ein bedeutender Fortschritt für eine bessere Wahrnehmung der berechtigten Interessen von Bund, Ländern und Gemeinden und stärkt damit den Zusammenhalt der Staaten und Regionen Europas.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist überzeugt, dass die Europäische Verfassung die Identifikation der Menschen mit Europa verstärkt und damit die Chance bietet, das Vertrauen in die europäischen Institutionen und die Politik Europas zu vertiefen. Damit erwächst den Landesparlamenten in Zukunft eine aktivere Rolle in der Wahrnehmung und Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses.

Anne Lütkes
und Fraktion